

## Satzung

Datum Fassung vom 27.07.2020

### **Bebauungsplan Nr. 129 C/II „Zum Hirschdamm, textliche Festsetzungsänderung“, 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 129 c „Zum Hirschdamm“**

Die Stadt Unterschleißheim erlässt auf Grund der §§ 2,9 und 10, sowie § 13a des Baugesetzbuches in der geltenden Fassung, der Baunutzungsverordnung BauNVO, der Planzeichenverordnung (PlanzV), Art. 81 der Bayerischen Bauordnung in der geltenden Fassung und Art. 23 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der geltenden Fassung diesen Bebauungsplan als

## Satzung

**Der Bebauungsplan Nr. 129 C „Zum Hirschdamm“ rechtskräftig seit dem 07.04.2005 wird für seinen Geltungsbereich, in seiner Festsetzung durch diesen Textbebauungsplan wie folgt geändert:**

### C. Festsetzungen durch den Text

- 3.2.1 Die zulässige Grundfläche nach § 19 Abs. 2 oder § 19 Abs. 4 BauNVO darf durch Schwimmbecken mit einem Beckeninhalt bis zu 100 m<sup>3</sup> einschließlich dazugehöriger temporärer luftgetragener Überdachungen zuzüglich einer Umrandung von 1 m überschritten werden.  
Schwimmbecken sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
- 3.2.2 Die Summe der Flächen aller Garten- und Gerätehäuser ohne Aufenthaltsräume und ohne Feuerungsanlagen wird auf max. 25 m<sup>2</sup> festgesetzt.
- 3.2.3 Die Größe von Nebenanlagen für die Pooltechnik wird auf eine Fläche von max. 15 m<sup>2</sup> festgesetzt.
- 3.2.4 Anlagen nach 9.1 und 9.1.1 dürfen in einer baulichen Anlage zusammengefasst werden und eine Fläche von max. 40 m<sup>2</sup> nicht überschreiten.
- 11. Die sonstigen Festsetzungen und Hinweise des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr.129 C „Zum Hirschdamm“, sowie des 1. Änderungsbebauungsplanes Nr. 129 c I für das Flurstück 829/5 haben weiterhin Gültigkeit.

### D. Hinweise:

- 20.1 Hinsichtlich der Beseitigung des bei der Entleerung der Schwimmbecken anfallenden Wassers muss geklärt werden, ob ein Anschluss- und Benutzungszwang an die Kanalisation besteht.

Falls das Beckenwasser versickert werden soll, ist hierzu abzuklären, ob eventuelle Zusatzstoffe zu einer Besorgnis einer Grundwasserverunreinigung führen und daher eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich machen. Falls das Beckenwasser versickert werden soll, ist vorher eine wasserrechtliche Erlaubnis beim Landratsamt München, Fachbereich Wasserrecht und Wasserwirtschaft zu beantragen. Soweit dem Beckenwasser chemische Zusatzstoffe, insbesondere Chlor, zugesetzt wurden, ist aus Gründen des Grundwasserschutzes eine Versickerung unzulässig. Es ist in diesem Fall zu klären, ob das Beckenwasser in den Kanal eingeleitet werden darf.

- 25.1 Bodendenkmalpflegerische Belange:  
Eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler unterliegen der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder der Unteren Denkmalschutzbehörde gemäß Art. 8 Abs. 1-2 BayDSchG.

Wer Bodendenkmäler auffindet ist verpflichtet, dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der Eigentümer und der Besitzer des Grundstücks sowie der Unternehmer und der Leiter der Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben. Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Nimmt der Finder an den Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben, aufgrund eines Arbeitsverhältnisses teil, so wird er durch Anzeige an den Unternehmer oder den Leiter der Arbeiten befreit.

Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände vorher freigibt oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

Plandatum 27.07.2020

Planverfasser:  
Stadt Unterschleißheim  
Rathausplatz 1  
85716 Unterschleißheim

.....  
Christoph Böck  
1. Bürgermeister (Siegel)

## Verfahrensvermerke zum Bebauungsplan Nr. 129 c II

1. Der Grundstücks- und Bauausschuss der Stadt Unterschleißheim hat in seiner Sitzung am 03.06.2019 die Aufstellung eines Änderungsbebauungsplanes beschlossen. Die Bebauungsplanänderung wird gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren durchgeführt.
2. Für den Bebauungsplan mit der Begründung in der Fassung vom ..... wurde die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom ..... bis..... im Bauamt Unterschleißheim, Valerystr. 1, Unterschleißheim durchgeführt.
3. Für den Bebauungsplan mit der Begründung in der Fassung vom ..... wurde die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB vom ..... bis ..... durchgeführt.
4. Für den Bebauungsplan mit der Begründung in der Fassung vom ..... wurde die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom ..... bis ..... im Bauamt Unterschleißheim, Valerystr. 1, Unterschleißheim durchgeführt.
5. Für den Bebauungsplan mit der Begründung in der Fassung vom ..... wurde die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB vom ..... bis ..... durchgeführt.
6. Die Stadt Unterschleißheim hat mit Beschluss des Grundstücks- und Bauausschusses vom ..... den Bebauungsplan gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Unterschleißheim, den

Christoph Böck  
Erster Bürgermeister

Siegel

1. Der Satzungsbeschluss wurde am ..... ortsüblich durch Anschlag an den städtischen Aushangtafeln bekanntgemacht. Mit der Bekanntmachung trat der Bebauungsplan in der Fassung vom ..... gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Unterschleißheim, den

Christoph Böck  
Erster Bürgermeister

Siegel